

Das „Samburger Echo“ erscheint täglich zweimal, Sonntag u. nach Feiertagen nur einmal. Abgabepreis monatlich 2,80 M., vierteljährlich 8,40 M., vorwärts abgerechnet. Für Abnehmer 10,50 M. Wochensatz: Gehaltslohn 11, 1. Stad., Verlagsdirektor: Heinrich, Verlagsredaktion: Heinrich, Verlagsverwaltung: Heinrich, Verlagsdruckerei: Heinrich, Verlagsstraße 11, 1. Stad.

Samburger Echo

Einzelnummer morgens 20 A., abends sowie Sonn- und Festtags 30 A.

Anzeigen die abends erscheinen 3,00 A., Tagesspalten 2,40 A., Kleine Anzeigen bis 10 Zeilen die Zeile 2,25 A. Anzeigen die abends erscheinen 3,00 A., Tagesspalten 2,40 A., Kleine Anzeigen bis 10 Zeilen die Zeile 2,25 A.

Nr. 475.

Dienstag, den 11. Oktober 1921 - Abend-Ausgabe.

35. Jahrgang.

Oberschlesien — ein neutraler Staat!

Vor der Entscheidung.

Von besonderer Seite wird uns geschrieben: Man hat die ober-schlesische Frage häufig als einen Streit zwischen Deutschland und Polen betrachtet. Und gerade die Polen sind immer darin groß gewesen, auf ihr angebliches Recht in Oberschlesien zu pochen. Aber nach dem Friedensvertrag handelt es sich nur um den Gesamtcharakter des Landes und um die Wünsche seiner Bevölkerung. Deutscher noch wird sein, wenn man den Friedensvertrag nicht für sich allein ins Auge faßt, sondern im Zusammenhang mit seiner ganzen Entstehungsgeschichte. Da ist es nun äußerst dankenswert, daß ein hervorragender amerikanischer Sachverständiger, der juristische Berater des Präsidenten Wilson, David Hunter Miller, neuerdings nachdrücklich auf die 14 Punkte Wilsons als Voraussetzungen des Waffenstillstandsvertrages vom 11. November 1918 und damit des Friedensvertrages hingewiesen hat. Wie der gesamte Friedensvertrag nicht ohne die Wilsonschen Grundzüge ausgelegt werden dürfte, so auch nicht die Bestimmungen über Oberschlesien. Der 13. Punkt Wilsons forderte, daß ein polnischer Staat zu schaffen sei, der die Landesbevölkerung in sich schließt, die von einer unbefriedigten polnischen Bevölkerung bewohnt seien. Sehr richtig erklärt Miller, daß nach dem Ergebnis der ober-schlesischen Volksabstimmung, die sich mit 61% zugunsten Deutschlands entschieden hat, von einem unbefriedigten polnischen Oberschlesien nicht mehr gesprochen werden könne. Auf Grund fehlerhafter Nationalitätenarten haben die Entente-mächte Oberschlesien als polnisches Gebiet angesehen; die Volksabstimmung ist auch nur bewilligt worden in der sicheren Erwartung, daß Oberschlesien sich in seiner Mehrheit für Polen erklären werde. Immer betrachtete man damals Oberschlesien als unteilbares Ganzes; in diesem Sinne hat auch Clemenceau — Miller erinnert daran — in seiner Mantelnote vom 18. Juli 1919 die Abstimmungsfrage dahin formuliert, es sei zu erörtern, ob Oberschlesien einen Teil Deutschlands oder Polens bilden solle. Also eine Zerstückung des Landes war keineswegs geplant; man wollte einfach durch die Volksabstimmung die Frage entscheiden, ob Oberschlesien im Sinne Wilsons unbefriedigt polnisch oder unbefriedigt deutsches Gebiet sei. Es geht nicht an, jetzt mit einem Male in die Bestimmungen des Friedensvertrages etwas hinein zu interpretieren, was mit seiner Entstehungsgeschichte absolut unvereinbar ist.

Wir wollen Herrn Miller dankbar dafür sein, daß er noch kurz vor dem Votum des Völkerbundesrat die Tatsache auch in die Welt hinausgerufen hat. Um den polnischen oder deutschen Charakter des gesamten Oberschlesien handelt es sich und demgemäß um den Mehrheitswillen der gesamten ober-schlesischen Bevölkerung. Aus dem einheitlichen Oberschlesien willkürlich Stücke herauszuschneiden, wäre das größte Unrecht gegen die Bewohner des Landes.

Herr Miller hätte auch noch an die Votivität des Präsidenten Wilson vom 11. Februar 1918 erinnern können, in der die berühmte Stelle sich befindet, daß Völker und Provinzen nicht von einer Staatsoberschleife in eine andere herumgehoben werden dürfen, als ob es sich lediglich um Gegenstände oder Steine in einem Spiel handle. Und weiter heißt es in dieser Votivität, daß jede Lösung einer Gebietsfrage, die durch den Krieg aufgeworfen worden ist, im Interesse und zugunsten der betroffenen Bevölkerung und nicht als Teil eines bloßen Ausgleichs oder Kompromisses der Ansprüche rivalisierender Staaten getroffen werden müsse. Demnach hat Wilson behauptet, diese Grundzüge seien schon überall als zumindest angenommen worden außer von den Vorkämpfern der deutschen Militärpartei. Nun, heute gibt es in Deutschland keinen Menschen, der nicht aus innerstem Herzen diese Prinzipien vertritt. Aber wir sehen uns um in der Welt und fragen: Ist man auch überall sonst, vor allem in Frankreich, dieser Ansicht? Gerade Frankreich pocht immer bis zum letzten auf den Versailler Frieden. Und erst jüngst hat Clemenceau erklärt, daß nichts, gar nichts für Frankreich maßgebend sei außer dem Friedensvertrage. Nun, er möge sich zunächst den wahren Inhalt dieses Friedensvertrages vergegenwärtigen.

Die gespannte Lage.

Reichsminister Dr. Brüning ist gestern gegen 10 Uhr von seiner Erholungsreise nach Berlin zurückgekehrt. Dem „Tageblatt“ zufolge ist zu heute vormittag ein Kabinettsitzung anberaumt worden, in der das ober-schlesische Problem und die sich aus der Entscheidung ergebenden Folgen beraten werden sollen. Zu dieser Sitzung wird, wie das Blatt meldet, der Reichsminister Dr. Brüning über seine Besprechung mit dem Vorkämpfer in London St. James berichtet.

Kinder des Volks.

Roman von Alfred Bod.

[14]

Der Lehrer sitzt an seinem Schreibtisch und forciert seine Pfeife. Nicht die Rechte seiner Berufstätigkeit, sondern die Diktate, darunter unglücklich fehlerhafte. Die Arbeit rückt nur langsam voran, aber Wollhardt ist mit Geduld gewappnet. Er weiß, die Volksschule kann ihre Schüler nicht ausbilden, sie muß mit allen Elementen rechnen, fast bis an die Grenze der Geistesfähigkeit. Das macht das Lehramt doppelt verantwortungsvoll.

Wer sollt dem Volksschullehrer Anerkennung? Die Kinder, die er erzieht und bildet, wissen sie ihm Dank dafür? Kaum, daß sie in den Lebenskampf getreten, ist die Erinnerung an die Schule verblasst. Und doch bauen alle auf dem Grund, den die Schule in sie legt. Was der Volksschullehrer in mühevoller Arbeit schafft, dringt nicht hinaus in die Doffentlichkeit. Gewinn und Ehre warten seiner nicht. Die Anerkennung, die ihm die Welt verweigert, muß er in sich selber finden. Und ist es nicht etwas Verächtliches, dem Glauben an den Fortschritt der Menschheit, Gerechtigkeit und Bildung ins Volk zu tragen? Der Volksschullehrer, der es ernst mit seinem Beruf meint, braucht niemand um Amt und Würden zu neiden, er wirkt an einer vornehmen Stelle, der Bildungshäute des Volks.

Das letzte Wort war abgemacht. Wollhardt schob den Kopf beiseite und lehnte sich bequem zurück. Wie stets in traulicher Abendstunde ließ er die Geschehnisse des Tages an sich vorbeiziehen. Aus der Meldung war ein Brief vom Lehrer Schmittborn gekommen. Der schrieb, er habe die Redaktion des „Schulwart“ übernommen. Seiner bekannten Gewinnung gemäß solle das Blatt eine andere Richtung erhalten, solle als unabhängiges Organ den wahren Interessen der Lehrerschaft dienen. Er bitte den Kollegen um seine Mitarbeiterschaft.

Wollhardt bedachte, in welchem Sinn er zu antworten habe. Der neue Redakteur, der auch im Landtag saß, war ihm sympathisch. Ohne eine Verpflichtung einzugehen, würde

Der „Vorwärts“ ist infolge der für Deutschland ungünstig lautenden Mitteilungen aus Genf um die Zukunft des Kabinetts Birzh äußerst besorgt. Das Blatt schreibt hierzu folgendes: „Die Sozialdemokratie steht in Verteidigungslage zum Kabinetts Birzh. Von vorn angegriffen von den Nationalisten Deutschlands und im Rücken bedroht durch die Entscheidung über Oberschlesien. Ob sie imstande sein wird, ihre Stellung zu behaupten, das wird von der Entscheidung über Oberschlesien abhängen. Fällt diese ungünstig aus, wie hier berichtet wird, so werden wir selbst noch nicht die Spitze ins Korn werfen, aber wir dürfen uns auch nicht verhehlen, daß die Zukunft sehr dunkel vor uns liegt.“

Wie das „Tageblatt“ hört, ist gestern eine Abordnung von deutschen Arbeitervertretern nach London gereist. Die Reise ist veranlaßt worden durch die alarmierenden Nachrichten über den Stand der ober-schlesischen Frage. Wie die Blätter aus parlamentarischen Kreisen melden, wird auch der Reichstagsauschuß für auswärtige Angelegenheiten zusammengetreten, um über die ober-schlesische Frage zu beraten. Die interalliierte Militärkommission in Döbeln hat die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ in Oberschlesien für die Zeit vom 11. bis 25. dieses Monats verboten. Eine Begründung hat die Kommission nicht gegeben.

Ein neutraler Kohlenstaat.

SPD. Berlin, 11. Oktober. (Drahtbericht.)

Die verschiedenartigen wirtschaftlichen und politischen Interessen der maßgebenden Entente-mächte, die sich im Völkerbundesrat gegenüberstellen, werden keine endgültige Entscheidung über Oberschlesien herbeiführen, sondern es kann schon heute mitteilt werden, daß die Viererkommision zu einem Bescheidurium greifen und die Schaffung eines neutralen Kohlenstaates empfehlen wird. Die Gefahr einer Teilung Oberschlesien ist im Augenblick noch nicht reiflich aufgehoben. Immerhin über sprechen verschiedene Anlässe dafür, daß die Herren in Genf versuchen, der Teilungs-gesfahr zu entgegenen. Die Schaffung eines neutralen Kohlenstaates zeigt klar und deutlich die Gegenseite, die innerhalb der Entente-mächte hier bestehen, und es ist höchst bedauerlich, daß der Völkerbundesrat, der eine unparteiische Entscheidung fällen sollte, sich von den verschiedenartigen Interessen der von ihm vertretenen Staaten leiten ließ und vor der Entscheidung Auskünfte einholte.

Der uns in letzter Stunde eingehende Drahtbericht läßt nicht erkennen, ob es sich bei der Meldung unseres Berliner Bureaus um eine Nachricht aus wohlinformierter Quelle oder gar schon um die Mitteilung einer bereits feststehenden Entscheidung handelt. Man tut daher gut, ein Urteil darüber, bis authentische Nachrichten vorliegen, zu verlagern.

Der Haushaltsausfluß des Preussischen Landtages

schte am Montag die Einzelberatung des Landwirtschaftlichen Etats fort. Abgelehnt wurde der sozialdemokratische Antrag auf Schaffung von landwirtschaftlichen Spruchkammern bei den Gerichten; ebenso der Antrag, der eine allgemeine Viehvericherung durch den Staat fordert. Bei Besprechung des landwirtschaftlichen Schulwesens wurde ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, der die Einstellung von 700.000 M. zur Förderung von Landwirtschaftsschulen vorschlägt und der besonders eine Beihilfe für unermittelte Schüler beantragt. Somit ist endlich der Anfang gemacht, auch Arbeiterkinder den Besuch landwirtschaftlicher Schulen zu ermöglichen. Der sozialdemokratische Antrag, der den obligatorischen Fortbildungsschulunterricht fordert, wurde sonderbarerweise von den bürgerlichen Parteien abgelehnt. Angenommen wurden dagegen unsere Anträge, die für den Küstenschutz usw. sowie für die Landgemeindegemeinschaften an der Nordsee die Verteilung von Mitteln fordern. Ebenfalls fand ein weiterer Antrag unserer Genossen, der die Pflicht zur Beschaffung von Pachtland auf die Städte ausdehnen will, Annahme. Dadurch kam schließlich einem dringenden Wunsch der kleinen Landstädte weitgehend Rechnung getragen werden. Ein Antrag, der den angebotenen Lieferpreis für schärfsten beurteilt, wird gegen die Stimmen des Zentrums, bei Stimmhaltung der Sozialdemokraten, angenommen. Abgelehnt wurde weiterhin die sozialdemokratische Forderung, die Räumung von Landarbeiterwohnungen den Miteigentümerschaften zu übertragen. Zentrum, Volkspartei und Sozialdemokraten leisteten sich bei der Abstimmung über den borgenannten Antrag Helferdienste. Der von sämtlichen Parteien geforderte Antrag, in einem Nachtragsetel 10 Millionen Mark zur Durchführung umfangreicher Meliorationsarbeiten einzuflechten, fand Annahme. Auffallen war in der gestrigen Sitzung das Verhalten des Zentrums, das fast regelmäßig mit den Sozialdemokraten gegen die sozialdemokratischen Anträge stimmte.

Der italienische Sozialistenkongreß wurde am Montag in Mailand eröffnet. Aus diesem Anlaß wird auch das neue Gebäude des „Avanti“ eingeweiht werden.

Die neue Bewegung der Kappisten.

Bayerische Wirtschaft.

SPD. München, 10. Oktober.

In Anbetracht des politischen Wiederaufstehens des Herrn Kapp anlässlich seiner Landberger Rede, der Zustimmung in den benachbarten österr. Reichs-Ländern, in die Fäden der Orgeß hinüberzuführen, der gestrigen großen Arbeitervereinsparade auf dem Königsplatz mit dem Vorbeimarsch an dem ehemaligen Prinzen, sowie unter dem Eindruck der Enthüllungen der „Münchener Post“ über das reaktionäre Verschönerwerk in München, kann die Lage in Bayern eigentlich nicht gut als entspannt bezeichnet werden. In diesem Augenblick hat es die bayerische deutschnationale Volkspartei gewagt, sich wieder für den Eintritt in die Regierung anzubieten und den Posten des Justizministers für sich zu reklamieren. Als Fortschritt gegen früher kann nur bezeichnet werden, daß unter der Herrschaft der düsternen Stiefel über der Münchener Polizeidirektion hinweggefegt wurde und daß es den Führern der bayerischen Arbeiterpartei möglich war, bei der Überwindung des monarchischen Verschönerwerkes mit der Polizei zusammenzuarbeiten.

Die Rede des Herrn Kapp bestand in der Hauptsache in einer Verhimmelung des von ihm geschaffenen Systems. Er hat den Eindruck, daß der Einwohnereinfluß auch nach der Einberufung der Wahlen in der bayerischen Landwirtschaft weiterlebt und fortleben wird auch nach der Auflösung der Einwohnerwehverbände. Mit welchen erbärmlichen Mitteln von der deutschnationalen Presse unentwegt gegen das Reich weitergehelt wird, beweist die Aufmachung, welche die „Münchener Zeitung“ einem Einwohnereinfluß in den bekannten Wollfabrikat-Alt-Gipping gibt. Sie schreibt unter dem Titel: „Berliner Einwohner in der Schatzkammer der Mutter Gottes“: „Es geht ein Sturm der Empörung durch das katholische Bayern, weil noch deutsche Einbrecher nicht halt gemacht haben vor Dingen, an denen sich einmal die Note Garde vergriffen hat.“ Sie führt den Eindruck auf eine große norddeutsche Geheimorganisation zurück. (1)

Die „Münchener Post“ bringt wieder umfangreiches Material über die in München bestehende „Mittlerzentrale“ und ihre Zusammenhänge mit dem ober-schlesischen Widerstand. Sie schreibt: In München besteht kein „Mittlerkommando“, sondern es heißt „Kollommando in Oberschlesien“. Die Leute des Kollommandos sind ausgerüstet mit Gummihandschuhen und Brownings. Ihr Führer in München hat fünf Wollungen. Ein Sonderbund dieser Organisation heißt: „Lund der Elf“. Das Artilleriebataillon dieses Oberlandes hat einen eigenen Intendanten und erhält von der Zentrale in Breslau die Gelder. Ein Münchener Professor ist Vortrefflicher von Geschäften, die das Oberland an bestimmten Orten in den Vororten Münchens verdeckt hat. Eine Hausdurchsuchung in sämtlichen Bureaus des Oberlandes ist deswegen meistens ergebnislos, weil die betreffenden Herren die Akten in ihre Wohnungen mitnehmen. Die Akten des Artilleriebataillons Oberland enthalten die Aufzeichnungen über sämtliche Munition, Waffen und Geschützpots. Diese Artillerieakten enthalten aber auch die Infanterieaufstellungen von Oberland. Die drei Infanteriebataillone sind unter den Namen Eiche, Buche und Fichte aufgeführt. Für diese Infanteriebataillone sind sämtliche Ausrüstungsgegenstände in reichem Maße vorhanden. Der Artillerieformation genügen die Waffen, die sie besitzt, nicht, weshalb sie auch Verzeichnisse von den Fortifikationen angefertigt hat, die im Bedarfsfall sofort Munition herstellen würden. Zu den Waffeneinrichtungen dieser Infanterieformation stellt eine Firma aus Automobile, die bereits in das Eigentum des Freikorps übergeführt sein sollen.

Das Geheimtelegramm, das am 4. September von München an Dr. Kapp in Breslau geschickt wurde, enthält auch eine Anweisung zum Mord an einen Angehörigen des Freikorps Oberland, unter Bezugnahme auf ein weiteres Mitglied der Organisation, welches wegen Verrat bereits erschossen wurde. In München fand kürzlich eine Führerbesprechung der Obersten statt, in welcher neuerdings über die Weigerung des „Hauptmanns von Kessel“ verhandelt wurde. Es wurde hierbei auch mitgeteilt, daß täglich Mannschaften nach Tirol abgehen und in Tiroler Arbeitsgemeinschaften untergebracht werden. Des weiteren wurde ein sogenanntes „Sinnese“ aufgestellt, in dem sämtliche Arbeitsgemeinschaften, die für einen Redepunkt in Frage kommen, eingetragen sind. Auch eine Liste über Kraftwagen und Waffenlager ist angefertigt. In dieser Führerbesprechung nahm auch der stellvertretend verfolgte Dr. Kapp teil. Ein Breslauer Rechnungsrat liefert an die Organisation vor allem die Berichte über den Aufenthalt flüchtender Regierungsbeamten. Dr. Kapp hat im Hotel „Deutscher Kaiser“ gewohnt. Von einem Berliner Oberregierungsrat erhielt er die Mitteilung, daß eine Umfuz-

bewegung nur dann Erfolg verspreche, wenn es gelänge, vorher einen Einspruch vorzutun, auf den dann unsere militärischen Aktionen folgen können. Die Gewandjuristen, die die Widerzentrale finanziell unterstützen, erklärten sich bereit, für politische Verbände jeden gewünschten Betrag zur Verfügung zu stellen. Einer derselben hat einem Kurier gegenüber geäußert, er besaße eine Million, wenn er in den Zeitungen etwas „von Berlin“ lese. Es wurde seinerzeit über die Verteilung von Rathenau und Stadnauer gesprochen.

Dazu schreibt unser Münchener Korrespondent: „Warum hilft man heute nicht mit an der Aufhebung der dunklen Mächte, warum versucht man im Gegenteil zu vertuschen? Warum überläßt man die Meinung aller eitrigen Stellen im Volkskörper allein den Sozialdemokraten?“

Die bayerische Wirtschaft wird nach dem Sturz des Kappkurzes allmählich in ihrer ganzen kappistisch-nationalistischen Verwerflichkeit offenbar, und es steht zu hoffen, daß man, wenn in diesen Tagen der Belagerungszustand fällt, noch mehr davon erfahren wird, wie unter seinem Schutze die Monarchisten gerüstet haben. Die Verhaftung des ersten der durch den Stadtbefehl verfolgten Kappverbrecher, die wir gestern meldeten, hat wiederum bestätigt, daß Bayern der Zufluchtsort aller zweifelhaften Reaktionen ist. Es handelt sich bei dem Verhafteten, den man hoffentlich nicht, wie den Dr. Kapp, wieder freiläßt, um den Arzt Georg Schiele aus Naumburg, der schon von jeher in Mitteldeutschland eine verhängnisvolle Rolle gespielt hat und Mitglied der Kapp-Regierung in Berlin war. Der Mann muß sofort ins Gefängnis, ihm gehört so schleunigst der Prozeß gemacht, wie den Kommunisten, die sich an Putzungen gegen die Republik führend beteiligten. Bezeichnend ist der Weg, den Dr. Schiele zu nehmen gedachte, als ihn der Arm des Gesetzes erreichte. Er wollte nämlich gerade die Grenze nach Sibirien überschreiten und zweifellos Anschluß suchen an jene kappistische Bewegung, die sich immer deutlicher in Tirol und in der Gegend von Graz zeigt. Dort vereinen sich die Machenschaften der bayerischen Dröggen mit schwarz-gelben Monarchistenplänen. Aus Wien wird uns dazu geschrieben:

Die „Arbeiter-Zeitung“ setzt ihre Enthüllungen über die Pläne der Monarchisten fort. Das Zentrum der Bewegung ist in Graz in der Landesgendarmereikommando, wo der stellvertretende Kommandant Zellburg ein eingeleiteter Monarchist ist. Am 8. Oktober fand in der Wohnung dieses Zellburg in Anwesenheit des christlichsozialen Landeshauptmannsstellvertreters Barz und des ehemaligen Landesgendarmereikommandanten Feinlich eine Besprechung statt, die dem Zweck diente, die kaiserliche Heimwehr zu einer schlagerartigen karlistischen Truppe zu organisieren. Es wurde beschlossen, die Heimwehr auf der Grundlage der Pfarrbauernvereine aufzubauen, die in Gemeinschaft mit den ungarischen Verbänden die Republik stützen und Karl Habsburg wieder einsetzen sollen. Der Einmarsch der Ungarn, der in nahe Zukunft geschehen würde, soll in einer Stärke von drei Divisionen erfolgen. Feinlich erklärte, daß sein in der ungarischen Armee stehender Sohn in spätestens 14 Tagen mit seiner Truppe in Graz eingezogen werde. Als Führer der karlistischen Heimwehren, denen ein Betrag von 200.000 Kronen monatlich zur Verfügung steht, sind Barz und Zellburg in Aussicht genommen. Zellburg ist jetzt bestrebt, die republikanischen Gendarmen aus Graz zu entzernen und hat eine Reihe von ihnen verhaften lassen. Im Weinbader Kloster waren 700 Gendarmen der Grazer Heimwehr verhaftet. Feinlich und Zellburg sollen sie den karlistischen Gendarmen in die Hände spielen. Als Feinlich vor einigen Monaten gestürzt worden war, brachten die republikanischen Gendarmen die Gewehr in Sicherheit nach Graz; Zellburg verfuhr unter einem läppischen Vorwand die Waffen herauszulassen, was ihm jedoch nicht gelungen ist.

Proletarische Gegenmaßnahmen.

SPD. Wien, 11. Oktober. (Drahtbericht.)

Die monarchistischen Bestrebungen in Österreich-Ungarn haben Vertreter der Tschekoslowakei und der österreichischen Arbeiterpartei veranlaßt, über die Situation Besprechungen zu führen. Besonders beraten wurden eventuelle Maßnahmen, die im Falle eines karlistischen Aufstieges zu ergreifen sind. Von der Tschekoslowakei nahmen an der Beratung deutsche und tschechische sozialdemokratische Führer teil. Tuzar und Renner, die beide anwesend waren, sollen die Gelegenheit benutzt haben, um eine Annäherung zwischen den deutschen und den tschechischen Sozialdemokraten in der Tschekoslowakei herbeizuführen.

Die Lage in Tirol ist noch immer außerordentlich gespannt. Versichert wurde sie durch eine in Form eines Trauer-

einfalt offenbarte sie Gedanken, die einen in Erlaunen setzten. Erst diese Sonntag hatte er sich über eine Kluge Antwort gefreut, die sie seinem Vornamen gegeben. Das Gespräch der beiden war ihm frisch im Gedächtnis.

„Vere, wie heißt das dritte Gebot?“

„Du sollst den Feiertag heiligen.“

„Richtig.“

„Wo?“

„Derbittert hat Sonntag der Herr Barz erwidert. Sechsz Tage soll man arbeiten, am siebenten soll man ruhen.“

„Das ist auch so.“

„Na, das muß dich. Nach der Kirch' bin ich im Pfarrhaus vorbeigegangen. Und da hat der Herr Barz meine Wirtin am Herd gefangen und war rüchseuerrot! Warum erlaubt dann der Herr so was?“

„Doch einmal zu, Theo. Dein Heißt doch Deinem Vater sein Kanarienvogelchen.“

„Na.“

„Wenn das Sonntags kein Futter kriegt, läßt' ich den Kopf hängen und pfeift nicht mehr.“

„Und muß auch frisches Wasser haben.“

„Werte? Und das Vieh, was die Zeit sich halten, will auch am Sonntag frischen. Sollen dann da die Menschen hungern? Ich denk doch nein. Und der Herr Barz zumal. Wenn der sich abgerechnet hat, hernach will er erst recht was Feines essen. Da muß die Wirtin halt kochen.“

„Das ist wahr.“

„Am Sonntag soll man sich auch was Gutes antun. Deswegen bist Du vorgestern mit Deinem Vater nach Greifenstein gefahren. Wann Du jetzt an die Bahn gekommen wärest, und's hät geheißen, 's geht kein Aug, weil am Sonntag kein Lokomotivführer da ist? Was hätst Du dann da für ein Gesicht gemacht? Guh, Theo, wana die einen Klavier haben, müssen die auch dabei zur schaffen. Auch am Sonntag. Das ist einmal so in der Welt.“

„Nun wer Theo berührt.“

Sie hatte überhaupt eine jünger Art, mit dem Jungen umzugehen. Seinen aufgeregten, freilicheren Wesen sollte sie eine überlegene Ruhe entgegen. Tat sie ihm auch nicht immer Gerechtigkeit, wenn er sie mit seinen Fragen belästigte, mußte sie ihre Antwort doch so einrichten, daß sie sich keine Blöße gab. Hier

zeigte sich, wach geundenes Gefühl, welcher Takt dem Mädchen innewohnte. Er mußte sich ein über das andere Mal wundern, wie rasch sie Theos Meinung gewonnen. Ohne Zweifel war sie fähig, auch ein Kind, das sie nicht geboren hatte, möglichst mütterlich zu lieben.

Ein Mädchen glitt über sein Gesicht. Der kam vier Wochen hatte er sie kennen gelernt, und täglich erlöbte er sich dabei, daß seine Gedanken sich mit ihr beschäftigten. Je nun, so war ihm fremdlich war das nicht. Seine ganze Existenz würdelt im Volk was wunder, daß er der Eigentümer des Mädchens an dem Bols seine Aufmerksamkeit ließ? Ihre Begabung war unverkennbar. Jüngst hatte er ihr in der Freizeitschrift den „Strenghof“ von Angenauer gegeben. Sie las das Buch und sprach sich mit einer Klarheit darüber aus, daß es eine Lust war, ihr zuzuhören. Es bedurfte bloß einer gebiegenen Lektüre, ihr Denken zu fördern und zu vertiefen.

Aber war es wirklich nur das Auge des Volkshüterns, das so wohlgefällig auf ihr ruhte? Vor sich selbst gab's kein Frieden. Das zarte Gesicht mit den feinen gedüngten Linien, die schönen Körperformen übten ihren Reiz auf ihn. Und doch sie von jeder Gefalligkeit frei, die ihrer Schönheit gar nicht feiner war, nahm ihm doppelt für sie ein. Nach dem Tode seiner Frau war ihm ein Mädchen aus waldenburger Familie angetraut worden, ohne daß er dem Vorschlag nähergetreten wäre. Die Wollfien hatte einmal die idyllische Aufzucht genast, an der Stadt heit es, er sei weiblicher geworden. Sie bilde sich nicht wenig darauf ein, daß sie als einzige Weibsperson das Vorrecht genieße, bei ihm ein- und auszugehen.

Die Tene mußte mehr. Sie hatte die Tragödie seiner Ehe miterlebt. Seine Frau, eines Baumeisters Tochter, hatte ihm ein Kapital zugebracht. Das gab er einem großen Konstruktoren Kaufhaus in Verwahrung und hob alljährlich die Zinsen ab. Eines Tages kam die Schredensnachricht, das Kaufhaus habe seine Zahlungen eingestellt. Er selbst im Amt zurückgeblieben, schickte seine Frau nach Darmstadt, zu reiten, was reiten sollte. Dort stand sie unter einem Anmaß verzwirfelter Menschen, die seine Kasse gelagert und am Ende erfahren, daß ihr Geld verloren war.

Berichterstatter folgt.